

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Michael Müller MdB
zum fünften Jahrestag
der Katastrophe von
Tschernobyl: Die Pro-
duktivkräfte haben ihre
Unschuld verloren.

Seite 1

Werner Kindsmüller zur
Neuorientierung der
Organisationspolitik der
SPD: Die Herstellung
von Solidarität im Indi-
vidualisierungsprozeß
(Teil II und Schluß).

Seite 3

Dr. Marliese Dob-
berthien MdB zum
Thema der 85. Inter-
parlamentarischen
Konferenz: Gewalt ge-
gen Kinder und Frauen.

Seite 5

46. Jahrgang / 79

25. April 1991

Die Produktivkräfte haben ihre Unschuld verloren Zum fünften Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl

Von Michael Müller MdB
Sprecher der SPD-Fraktion in der Klima-Enquete-Kommission des
Deutschen Bundestages

5 Jahre ist es jetzt her, daß die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl den großtechnologischen Allmachtstraum der modernen Industriegesellschaft nachhaltig erschüttert hat.

In der Tat: im Atomzeitalter haben die Produktivkräfte ihre Unschuld verloren. Technik ist nicht neutral, sie verstärkt oder verringert - je nach Interessen und Ausgestaltung - Umweltzerstörung, Arbeitsbelastung oder Freiheitsrechte. Insofern hat die technische Entwicklung ein janusköpfiges Gesicht: Der industrielle Wachstumsprozeß birgt nicht nur die Chance auf produktive Entwicklung, sondern auch die Gefahr destruktiver Selbstblockaden.

Diese Gefahr wächst mit dem Wachstum, der Arbeitsteilung und der Größenordnung des industriellen Systems. Der Bamberger Sozialwissenschaftler Ulrich Beck hat dies mit dem Begriff der "Risikogesellschaft" gekennzeichnet. Damit will Beck sagen, daß die Menschheit mit der Technik und Wirtschaft ins 21. Jahrhundert geht, aber in den Denkweisen und Regulierungsformen noch der Frühphase der Industrialisierungsphase verhaftet geblieben ist. Die neue Qualität der Gefahren liegt nicht in der Umwelt selbst oder in der Technik per se, sondern in der konkreten Ausgestaltung der Gesellschaft, in der Regulierung der Risiken und der mangelnden Fähigkeit unterschiedliche Zukunftsoptionen zu öffnen und die nach qualitativen Zielen, wie Sozial- und Umweltverträglichkeit, zu gestalten.

Die Nutzung der Atomenergie ist hierfür herausgehobenes Beispiel. Dabei geht es zentral nicht um die Wahl zwischen unterschiedlichen Energieträgern wie Kohle oder Atom, sondern um die "Zukunftsgestaltung der Industriegesellschaft". Es wäre falsch, die Frage der Energieversorgung auf "fossile Energieträger" oder "Atomenergie" zu verengen. Es muß vielmehr in den gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt werden, in ihren wechselseitigen Abhängigkeiten und den Zwängen, die mit den jeweiligen Entscheidungen für die weitere Zukunft verbunden sind.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12.04.08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtung: Umgang
mit recyceltem Rohstoff
Recycling-Papier



Tschernobyl war die "Aktualisierung des Hypothetischen"; der von den Atombefürwortern bis dahin als "undenkbarer Fall" bezeichnete Super-Gau wurde als "Restrisiko" gesehen. Doch die Reaktorkatastrophe im ukrainischen Leninkraftwerk machte deutlich, daß das "Restrisiko" nicht zu verantworten ist. Auch im gesamten, dem Atomkraftwerk vor- und nachgelagerten Nuklearkreislauf bestehen weitere Risiken: Vom Abbau des Natururans über seine Anreicherung, die Herstellung von Brennelementen bis hin zu Atomtransporten, Wiederaufbereitung oder Endlagerung. Die größte Gefahr ist der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft, die umso größer wird, je umfangreicher die Atomkraft genutzt wird. Letztlich bleibt die Trennung zwischen militärischer und ziviler Nutzung nur theoretisch.

Der Umstieg auf eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft ist technisch und rechtlich machbar, energiewirtschaftlich sinnvoll und international insbesondere für den Aufbau der Energiesysteme in der Dritten Welt notwendig. Und dieser Umbau muß schnell erfolgen, weil sonst, unter dem Druck ökologischer und wirtschaftlicher Probleme, der Gestaltungsspielraum immer enger werden wird. Aber tatsächlich ist seit der Reaktorkatastrophe wenig für das Ziel einer umweltverträglichen Energiewirtschaft geschehen. Bundesregierung, die großen Energieunternehmen und die Atomlobby sind vor allem weggetaucht, um zu "überwintern", in der Hoffnung, Tschernobyl würde an Bedeutung verlieren.

In der letzten Zeit zeigen sich neue Aspekte in der Energiepolitik, die zum einen in drastischer Weise zeigen, was auf dem Gebiet der rationellen Energieversorgung versäumt worden ist, und zum anderen gewaltige ökologische Gefahren ausweisen:

- Die reale Gefahr einer weltweiten Klimaänderung durch die Anreicherung energiebedingter Klimagase in der Troposphäre,
- die ineffiziente und hoch umweltbelastende Energieversorgung der ehemaligen DDR.

Angesichts dieser Herausforderung wittert die Atomindustrie und mit ihr verbundene Politiker Morgenluft, neue Nuklearkraftwerke zu propagieren. Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann ließ sich als erster dafür einspannen und Forschungsminister Riesenhuber stieß kurze Zeit später in einem bösen und durchsichtigen Doppelspiel nach. Begründet mit den Gefahren aus den Kohlendioxid-Emissionen der Verbrennung der fossilen Brennstoffe für das Klima, fordert der Bundeswirtschaftsminister die Neubelebung der Atomenergie und schlägt für die ersten beiden Kraftwerke Standorte in den neuen Bundesländern vor - offenkundig aus dem Kalkül, daß dort der Widerstand der Bevölkerung geringer erwartet wird als in den Altländern, wo noch immer zwei Drittel der Bevölkerung die Atomkraft ablehnen.

Tatsächlich jedoch ist, wie dies auch die Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" belegt hat, der Ausstieg aus der Atomenergie und Klimaschutz vereinbar. Der entscheidende Hebel für den Klimaschutz liegt eben nicht in der angeblich CO₂-freien Atomenergie, sondern im Umbau unseres Energiesystems zugunsten von Energiesparen und rationeller Energieverwendung sowie im Auf- und Ausbau der Solarwirtschaft. Wird diese richtige Zielsetzung vertreten und umgesetzt, erweist sich die Atomenergie als ein großes Hemmnis für die Mobilisierung der Sparpotentiale. Solange die Energiepolitik an den bisherigen angebotsorientierten und zentralisierten Großstrukturen festhält, lassen sich theoretisch bis zum Jahr 2005 nur ca. 20 Prozent der möglichen Potentiale nutzen. Von daher verwundert es nicht, daß keine Energieprognose, die das bisherige System der Energieversorgung beibehält, trotz eines massiven Ausbaus der Atomenergie zu einer Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen kommt. Das belegt beispielhaft die FUSER-Studie von 1986, die trotz einer Verzwörfachung der Atomenergie zu einer Verdoppelung der energiebedingten Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2030 kommt.

Von daher kann gegen Möllemann und Riesenhuber deren Argumentation umgedreht werden: Solange an der Atomenergie festgehalten wird, ist Klimaschutz nicht möglich. Die Verminderung des Kohlendioxid-Ausstoßes kann nur mit Hilfe eines umfassenden Spar- und Umbauprogrammes erreicht werden. Und wenn ein solches verwirklicht wird, erübrigt sich angesichts der Energieverbrauchsentwicklung die Atomenergie. Im Gegenteil: Die zukünftige Alternative, für die aber bereits heute die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, ist die Solarwirtschaft, nicht die "Übergangstechnik" Atomkraft.

5 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ist der Ausstieg aus der Atomkraft unverändert aktuell. Auch die reale Gefahr einer weltweiten Klimaänderung ist keine Begründung für die Atomkraft, sondern vielmehr eine - möglicherweise letzte - Mahnung, mit dem Umbau der Energieversorgung endlich ernst zu machen.

(-/25.4.1991/rs/fü)

Die Herstellung von Solidarität im Individualisierungsprozeß (Teil II) und Schluß)

Zur Neuorientierung der Organisationspolitik der SPD

Von Werner Kindsmüller

Geschäftsführer des SPD-Landesverbands Schleswig-Holstein

Daraus ergeben sich erhebliche Konsequenzen für die Organisationsarbeit der SPD.

Erstens: Charakter und Arbeitsweise der Partei müssen sich ändern:

Mit Parteien (allein) bewegt sich nichts mehr. Parteien müssen künftig "Spinne im Netz" sein. Ihre Fäden müssen die Kommunikation zwischen solitären Gruppen, zwischen diesen und "geistigen Anregern" (Intellektuellen) und mit all denen die gesellschaftlichen Bedürfnisse artikulieren, herstellen.

Hauptaufgabe einer Reformpartei wird in Zukunft Kommunikation sein. Dazu gehört die Aufgabe, Lösungen für Anliegen der Menschen zu formulieren und zu moderieren.

Den Ortsvereinen kommt als bürgernahe Gliederung der SPD die wichtigste Aufgabe zu.

Zweitens: Die Partei muß einen neuen Funktionärstypus herausbilden. Der Idealtypus dieses Funktionärs besitzt folgende Eigenschaften:

Er ist kommunikativ, besitzt organisatorische Talente, ist gegenüber Problemen aufgeschlossen. Abgeordnete, Funktionäre und auch Mitglieder der SPD haben vor allem Ohren und Augen aufzusperrt. Sie sind gewissermaßen die Antennen, mit denen es gesellschaftliche Wirklichkeit aufzuspüren gilt. Sie sind Ansprechpartner für Menschen, die sich an Politik wenden.

Sie müssen sich dort - dort wo die Probleme nicht zu ihnen kommen - als intelligente Eingreiftruppe verstehen, die politischen Sachverstand anbieten und Lösungen organisieren.

- Drittens:** Die Arbeitsweise von Vorständen muß sich ändern. Viele unserer Mitglieder verfügen über Fähigkeiten und Interessen, die sie aufgrund der traditionellen Arbeitsweise unserer Partei nicht einbringen können. Sie beschränken sich auf das Beitragszahlen. Vorstände müssen diese brachliegenden Kapazitäten nutzen, Mitgliedern Arbeitsmöglichkeiten anbieten und Strukturen daraufhin untersuchen, inwieweit sie einer Aktivierung der Mitglieder entgegenwirken. Die Vorstände müssen aber auch Außenstehenden Möglichkeiten der Mitarbeit an Projekten anbieten. Die Vorstände der Partei haben künftig vor allem Führungs- und Koordinierungsfunktion.
- Als Führungsorgan müssen sie vorausdenken, neue Probleme aufwerfen. Als Koordinationsorgan führen sie zusammen, was sich in Projekten und Gruppen artikuliert.
- Viertens:** Der Mitgliederstatus wird relativiert werden müssen.
- Die SPD wird sich daran gewöhnen müssen, daß neben den Mitgliedern in Projektgruppen und Arbeitskreisen künftig auch Nichtmitglieder ihre Meinung und ihren Sachverstand einbringen.
- Fünftens:** Das kommunalpolitische Arbeitsfeld wurde von der SPD in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt. Mit der zunehmenden Ausprägung lokaler Identitäten der Menschen kommt der sozialdemokratischen Kommunalpolitik strategisch wachsende Bedeutung zu.
- Die Qualifizierung ehrenamtlicher und hauptamtlicher Kommunalpolitiker sowie der Stellenwert neben anderen Politikbereichen muß gehoben werden.
- Sechstens:** Eine Partei, die in einer komplexen Gesellschaft bestehen will und kompetente Antworten geben und vermitteln will, kommt ohne Bildungsarbeit nicht aus.
- Die Bildungsarbeit der Partei fristet ein jämmerliches Dasein. Wer das Potential der Mitglieder und Funktionäre nicht länger schlecht bzw. ungenutzt lassen will, braucht eine systematische Bildungsarbeit auf allen Ebenen. Dabei wird es neben der Vermittlung fachlichen Wissens vor allem um die Vermittlung von Kommunikationstechniken gehen müssen.
- Siebtens:** Die Vorstände sind sich in der Regel nicht bewußt, daß sie für die Rekrutierung ihres eigenen Nachwuchses verantwortlich sind. Um Lücken in Vorständen und bei Mandatsträgern nicht erst entstehen zu lassen, brauchen wir auf allen Ebenen eine gezielte Nachwuchsförderung. Dies gilt auch für die Rekrutierung der hauptamtlichen Mitarbeiter. Die Einführung von Nachwuchssekretären, die eine bezahlte Ausbildung entsprechend der gewerkschaftlichen Praxis erfahren, könnte die Arbeit in diesem Bereich qualifizieren.
- Achtens:** Neben der unmittelbaren Kommunikation mit Bürgern ist die Vermittlung unserer Positionen über die Medien das wichtigste Instrument unserer öffentlichen Wirkung.
- Die Partei verzichtet weitestgehend auf die Berücksichtigung von Erkenntnissen der Kommunikationsforschung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit und im öffentlichen Auftreten ihrer Funktionäre.

Kommunikationstraining und Hilfestellung für die Öffentlichkeitsarbeit braucht die Partei auf allen Ebenen.

Neuntes: Parteiveranstaltungen müssen nach Form und Inhalt den geänderten Gewohnheiten der Menschen angepaßt werden. Politik darf ruhig unterhaltend sein. Die Partei muß wieder in stärkerem Maße dem Bedürfnis nach Geselligkeit Rechnung tragen. Politik und Kultur - auch Alltagskultur - müssen eine Einheit bilden. Nur so werden wir fernestehende Schichten erreichen können.

Zehntens: Zur notwendigen Öffnung der Partei gehört schließlich auch, den Diskurs über Gruppengrenzen hinaus mit Menschen aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Gewerkschaften zu praktizieren. Man muß ja nicht alles übernehmen, aber es wirkt anregend und öffnet den Kopf für neue Gedanken.

(-/25.4.1991/rs/fü)

Gewalt gegen Kinder und Frauen
Zum Thema der 85. Interparlamentarischen Konferenz

Von Dr. Marliese Dobberthien MdB*

Mitglied im Ausschuß für Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages
Berichterstatterin der deutschen Delegation bei der 85. IPU-Konferenz in Pyonyang

Gewalt gegen Kinder und Gewalt gegen Frauen haben gemeinsam, daß hierbei die schwächeren Glieder der Gesellschaft von den stärkeren unterdrückt, mißhandelt und ausgebeutet werden. Diesen Stärkeren, insbesondere also den männlichen Erwachsenen, ist es bisher gelungen, Gewalt gegen Kinder als Tabu-Thema aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten. Doch dank der Bemühungen von zahllosen Kinderschutzinitiativen und dank der Frauenbewegung wissen wir inzwischen um das Ausmaß und die Bedeutung dieses gesellschaftlichen Problems. Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, daß sich die 85. Interparlamentarische Konferenz diesem Thema widmet und hoffe, daß wir mit Hilfe der hier verabschiedeten Resolution in unseren Heimatländern tatsächlich politische Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt gegen Kinder und Frauen durchsetzen werden.

Während wir in den Industriestaaten der sogenannten Ersten und Zweiten Welt Strategien gegen Kindesmißhandlung in der Familie entwickeln, verschlechtert sich die Situation der Kinder in den Entwicklungsländern der sogenannten Dritten Welt weiter. Sie sind ganz anderen Formen der Gewalt ausgesetzt, deren Ursache vorwiegend weltwirtschaftliche und weltpolitische Probleme sind. So müssen ca. 100 Millionen Kinder einer Beschäftigung nachgehen, um den eigenen oder den familiären Lebensunterhalt zu sichern. Ca. 30 Millionen Straßenkinder müssen den täglichen Überlebenskampf organisieren und werden für den Drogenhandel und die Prostitution ausgebeutet. Kinder werden zunehmend für militärische Auseinandersetzungen zwangsrekrutiert und als "Kanonenfutter" in den Krieg geschickt. Unter den weltweit 15 Millionen Flüchtlingen befinden sich schätzungsweise 50-60% Kinder.

Auch Gewalt gegen Frauen existiert in den unterschiedlichsten Formen: Körperliche und psychische Mißhandlung, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, sexuelle Ausbeutung durch Prostitution und Pornographie, sexuelle Belästigung in der Öffentlichkeit und am Arbeitsplatz bis hin zum Menschenhandel sind Ausdruck der patriarchalen Strukturen in allen Gesellschaften. Gewalt gegen Frauen wurde daher viel zu lange gerechtfertigt, als Kavaliersdelikt behandelt oder, wie die Gewalt gegen Kinder, tabuisiert.

Als Opfer politischer Verfolgung sind Frauen besonderen Gefahren ausgeliefert, da die Behandlung von Frauen in Verhör- und Haftsituationen und die Anwendung der Folter sich nicht nur gegen ihre politische Gegnerschaft zum jeweiligen Regime, sondern zusätzlich gegen ihre Person als Frau richtet. Sexuelle Gewalt wird hierbei gezielt als Foltermethode angewendet, um die Persönlichkeit und die Menschenwürde der Frau zu zerstören.

Darüber hinaus erleiden Frauen Verfolgung, Mißhandlung, Strafen und sogar den Tod allein aufgrund ihres Geschlechts, wenn sie religiöse, soziale und kulturelle Normen übertreten oder gegen die ihnen von der Gesellschaft auferlegte Rolle opponieren.

Der Menschenhandel ist eines der bedrückendsten Beispiele der Unterdrückung, der Ausbeutung und des Mißbrauchs von Frauen und Kindern. Unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Not, ihrer Sorge um die notleidende Familie und ihrer Unkenntnis über die ihnen drohenden Gefahren werden Frauen aus den Entwicklungsländern in die Industriestaaten verbracht und dort durch Zwangsprostitution und sogenannte Heiratsvermittlung ausgebeutet. Kinder aus der Dritten Welt werden wie Sklaven gehandelt und verkauft und ebenfalls sexuell ausgebeutet.

Auf demselben Prinzip, nämlich der Ausnutzung von Armut durch die, die im Überfluß leben, basiert auch der Sextourismus in die Länder Südostasiens, Afrikas und Lateinamerikas. Hier sind die Parlamente und Regierungen der Industrienationen gefordert, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel und Sextourismus und zur Hilfe und zum Schutz für die betroffenen Frauen und Kinder einzuleiten.

Dazu gehören

- eine veränderte Entwicklungspolitik, die in größerem Maße auf die Existenzsicherung, Selbständigkeit und verbesserte berufliche Qualifizierung von Frauen zielt,
- die Unterstützung von Kontaktstellen in den Industriestaaten für ausländische Frauen und Kinder, die bereits in die Zwangsprostitution geraten sind,
- Schutz und Hilfe für diese Betroffenen insbesondere durch die Ermöglichung einer zukünftigen Existenzsicherung z.B. durch Aus- und Weiterbildungsprogramme in den jeweiligen Industriestaaten sowie
- die Bekämpfung der Kriminalität des Menschenhandels durch wirksame gesetzliche Regelungen und empfindliche Strafen.

*) Die Autorin, Mitglied im Ausschuß für Frauen und Jugend, reist als Mitglied der Delegation des Deutschen Bundestages am 25. April 1991 über Peking nach Pyongyang, Nordkorea zur 85. Konferenz der Interparlamentarischen Union (IPU). Die IPU ist das Parlament der Parlamente, in dem sich Parlamentarier/innen aus 113 Staaten der Erde zusammenfinden, um über bedeutsame politische Themen zu diskutieren und Resolutionen zu verabschieden, die im Anschluß an die Konferenzen in den jeweiligen Heimatparlamenten umgesetzt werden sollen. Die 85. Interparlamentarische Konferenz wird sich sowohl mit dem Problem der Massenvernichtungswaffen als auch mit dem Thema "Gewalt gegen Kinder und Frauen" befassen.